

Kann man AfD-Wähler*innen zurückgewinnen?

Eher nicht – eine Analyse mit Daten des neuen Social Cohesion Panel 2021

Holger Lengfeld und Clara Dilger

Zusammenfassung:

In diesem Beitrag wird untersucht, welche Schlussfolgerungen sich auf Basis der Daten des Social Cohesion Panels 2021 in Bezug auf das Anliegen der etablierten Parteien ziehen lassen, AfD-Sympathisant*innen zurückzugewinnen. Die Analyseergebnisse zeigen ein unlösbares Dilemma für etablierte Parteien.

Am 25. Juni 2023 wurde im Thüringischen Sonneberg ein neuer Landrat und eine Woche später ein Bürgermeister in einer Gemeinde in Sachsen-Anhalt gewählt.¹ Beides wären demokratische Routinevorgänge, wenn es sich bei den Gewählten nicht deutschlandweit um die ersten Politiker der Alternative für Deutschland (AfD) in einem Amt der politischen Exekutive handeln würde. In den Tagen danach kam die AfD in Bevölkerungsumfragen bei der sogenannten „Sonntagsfrage“ bundesweit auf ein Allzeithoch von rund 17 bis 20 Prozent (Infratest dimap 2023a; Petersen 2023). In den Bundesländern Thüringen sowie Mecklenburg-Vorpommern würde sie jeweils stärkste Partei werden (Infratest dimap 2023b; FAZ 2023).

Die darauffolgenden Reaktionen in Öffentlichkeit und Bundespolitik bestanden im Wesentlichen in einer Diskussion darüber, ob und wie etablierte Parteien Allianzen gegen die AfD bilden sollten, begleitet mit verschiedentlichen wechselseitigen Vorwürfen einiger Vertreter*innen der Regierung und Opposition, den Aufstieg der AfD jeweils verschuldet zu haben. In diesen Debatten spielte eine wichtige Frage fast keine Rolle: Was sind die Gründe dafür, dass deutlich mehr Wahlberechtigte als zuvor die AfD favorisieren? Was wollen diese Leute, was soll sich aus ihrer Sicht ändern?



Prof. Dr. Holger Lengfeld,

Inhaber der Lehrstuhls Soziologie mit Schwerpunkt Institutionen & sozialer Wandel, Universität Leipzig, und Mitglied des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)

Clara Dilger,

wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leipzig Research Centre Global Dynamics (RECentGlobe), Universität Leipzig, und Mitglied des Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)



Dieses Fehlen einer ernsthaften öffentlichen Debatte darüber verwundert, denn der Bedeutungszuwachs der AfD fand ja nicht allein im Jahr 2023 statt. Seit ihrem Einzug in den Bundestag 2017 fiel die AfD in Umfragen fast nie unter 10 Prozent (Infratest dimap 2023a), auch während der Pandemiejahre 2020-2022 nicht. Offensichtlich hat die AfD in der deutschen Bevölkerung über die Jahre hinweg einen Sockel an Grundunterstützung erreicht, der, in Abhängigkeit von tagespolitischen Debatten etwa um die Asylgesetzgebung oder verschärfte klimapolitische Debatten, ausgebaut werden kann.

Dieser langfristig stabile Sockel an Zustimmung veranlasst uns dazu, in diesem Aufsatz die Frage zu stellen, wer die Sympathisant*innen der AfD sind, was sie bewegt und wie sie die bestehenden politischen Institutionen bewerten, welche Vorstellungen über eine lebenswerte Gesellschaft sie haben und was sie an insbesondere langfristigen gesellschaftspolitischen Vorstellungen ablehnen oder befürworten. Dabei gehen wir von der Annahme aus, dass tagespolitische Entwicklungen um etwa Migration und Asyl, Pandemiebekämpfung und Klimapolitik nur vordergründig den Erfolg der AfD bei den Wähler*innen erklären können. Wir vermuten, dass AfD-Anhänger*innen fundamental ablehnende Einstellungen gegenüber politischen Institutionen und gesellschaftlichen Eliten haben, die bei bestimmten tagespolitischen Themen aktiviert werden und so immer neue Anlässe zur AfD-Wahl schaffen. Wir gehen davon aus, dass diese Einstellungen eine tendenziell antagonistische Weltsicht zu bestimmten Institutionen zum Ausdruck bringen, die sich in Deutschland insbesondere auf etablierte Parteien und staatliche Einrichtungen bezieht.

In diesem Beitrag untersuchen wir zwei Einstellungsmuster, von denen wir ausgehen, dass sie in der politischen Weltsicht von AfD-Anhänger*innen tief verankert sind: 1. Das Einstellungsmuster des Populismus und 2. Misstrauen gegenüber politischen Institutionen sowie, damit verbunden, die Unzufriedenheit mit der repräsentativen Demokratie. Sollte sich zeigen, dass diese Einstellungsmuster unter AfD-Anhänger*innen deutlich stärker verbreitet sind als unter den Anhänger*innen der anderen in Deutschland etablierten Parteien, so wird es wenig wahrscheinlich sein, dass diese Bürger*innen für Politikangebote der etablierten Parteien zumindest mittelfristig erreichbar sind.

Anders ist es mit Fragen des materiellen Interesses. Wenn AfD-Wähler*innen den Eindruck haben, dass die derzeitigen Güterverteilungen nicht ihren wirtschaftlichen Interessen entsprechen, dann besteht eine Chance, dass infolge der Änderungen der Güterverteilungen sich das Wahlverhalten eines Teils der Wähler*innen ebenfalls ändert. Deshalb prüfen wir als dritte mögliche Ursache die sogenannte Modernisierungsverliererthese. Sie bringt zum Ausdruck, dass Menschen AfD wählen würden, weil sie im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten 30 Jahre relativ zu den Bessergestellten an Wohlstand verloren haben.

Im zweiten Abschnitt stellen wir die drei Erklärungsfaktoren im Einzelnen vor.² Im dritten und vierten Abschnitt prüfen wir sie mithilfe von Daten des ‚Social Cohesion Panel‘, eine neue in Deutschland durchgeführte, über mehrere Zeitpunkte sich wiederholende Haushaltsbefragung, die umfassend Fragen zu Einstellungen und Verhaltensweisen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt enthält. Wir verwenden die Daten der ersten Befragung aus dem Jahr 2021.

Die Ergebnisse unserer statistischen Analysen zeigen, dass sich die Gruppe der AfD-Sympathisant*innen hinsichtlich sozio-ökonomischer Merkmale vom Rest der Bevölkerung unterscheidet, da sie im Vergleich geringere Einkommen verzeichnet sowie häufiger berufliche und seltener universitäre Ausbildungsabschlüsse innehat. Diese materiellen Merkmale spielen für die Erklärung der Wahlintention aber nur eine untergeordnete Rolle. Für die Wahlintention wichtiger sind die von uns beschriebenen Einstellungsmuster. Es zeigt sich, dass Sympathisant*innen der AfD deutlich stärker populistisch eingestellt sind, häufiger unzufrieden mit der Demokratie sind und der Regierung sowie dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärker misstrauen als die Sympathisant*innen aller anderen Parteien. Daraus folgern wir, dass es für die etablierten Parteien nur schwer möglich sein wird diese Wähler*innen für sich (zurück) zu gewinnen, da die starke Ablehnung von Eliten, Unzufriedenheit mit demokratischen Prozessen und das Misstrauen in die Regierung diesem Versuch zumindest mittelfristig klar im Weg stehen.

1. Die drei Thesen

Die Populismusthese

Populismus ist ein Einstellungsmuster, demzufolge die Gesellschaft aus zwei Gruppen besteht: den ‚einfachen‘ Leuten auf der einen Seite und der ‚reichen‘ bzw. ‚mächtigen‘ Elite auf der anderen. Dabei sehen sich Populist*innen als Angehörige der ersten, als groß angenommenen Gruppe. ‚Volk‘ und ‚Elite‘ werden als jeweils homogene Gruppen mit gleichen Zielen und Werten angesehen. Uneinheitlichkeit von Werten oder Interessenunterschiede innerhalb dieser beiden Gruppen, wie sie für moderne, plurale Gesellschaften typisch sind, werden ignoriert. Für Populist*innen ist Demokratie nur für die einfachen Leute da, schließlich sind sie in der übergroßen Mehrheit. Deshalb erwarten sie von der Politik, den (homogenen) Willen des Volkes umzusetzen (Mudde 2021, S. 222; Hawkins und Rovira Kaltwasser 2017).

Populismus ist, zweitens, eine moralisch aufgeladene Ideologie. Sie begreift Volk und Elite nicht allein als unterschiedliche sozio-ökonomische Gruppen entlang des Gegensatzes von arm und reich oder oben und unten, auch wenn diese Unterscheidungen (siehe oben) Teil des populistischen Weltbildes sind. Hinzu kommt eine moralische Unterscheidung von ‚ehrlich‘ und ‚rein‘ auf der Seite des Volkes und ‚korrupt‘ und ‚verdorben‘ auf der Seite der Elite. Die Elite gilt per se als korrupt, da sie Spitzenpositionen in der Gesellschaft einnimmt, die sie zum eigenen Vorteil missbraucht und sich am Wohlstand des einfachen Volkes bereichert.

Das dritte Element des Populismus ergibt sich aus den ersten beiden. Weil das ehrliche Volk einen homogenen Willen hat und die korrupten Eliten diesem Willen nicht Folge leisten, fordert das populistische Weltbild eine Demokratie als direkte, pure Ausführung des Volkswillens. Diese Vorstellung steht im Widerspruch zum liberalen Verständnis von Demokratie, in der idealerweise jede gesellschaftliche Gruppe die gleiche Chance der Durchsetzung ihrer spezifischen Interessen haben sollte, und Poli-

tik das Ringen um den Ausgleich dieser Interessen durch Kompromissfindung ist. Da für Populist*innen diese kleinteiligen Gruppeninteressen nicht existieren, soll der als homogen gedachte Wille des Volkes direkt, durch unmittelbaren Einfluss auf politische Entscheidungen zum Ausdruck kommen. Die populistische Variante der Volkssouveränität steht damit im Widerspruch zur repräsentativen Demokratie, die auf der Annahme des Interessenpluralismus basiert.

Wir sehen drei Gründe, warum zumindest für einen Teil der populistisch eingestellten Bevölkerung in Deutschland die AfD tatsächlich eine ‚politische Alternative‘ zur den etablierten Parteien darstellt. Erstens gehören diese ‚Etablierten‘ zur Elite, denn sie sind, im Bund wie in den Ländern, in unterschiedlichem Ausmaß seit vielen Jahren an den Regierungen beteiligt oder stellen den Regierungschef – die Grünen und die Linke eingeschlossen. Zweitens inszeniert die AfD sich selbst als ‚Alternative‘ zur etablierten Elite. Sie kritisiert die herrschenden politischen Eliten als vom Volk abgehoben und als gegen das Volk regierend. Drittens repräsentiert die AfD ein homogenes Volksverständnis in der nationalistischen, also rechtspopulistischen Variante, in dem die ‚nativen‘ Deutschen Vorrang vor Migrant*innen beim Zugang zu Rechten und Ressourcen haben sollten (Pickel et al. 2020). Die Ablehnung von Immigration etwa und die Begrenzung des Rechts auf Asyl im Besonderen ergibt sich aus diesem nativistischen Volksverständnis.

Dennoch werden nicht alle Populist*innen mit der AfD sympathisieren. Aus linkspopulistischer Sicht ist das zentrale Merkmal des Volks seine wirtschaftliche Ausbeutung durch die korrupte Elite. Linkspopulist*innen fordern daher nicht (oder zumindest nicht vorrangig) Migrationsbeschränkung, sondern die Enteignung der ökonomischen Eliten und die Entfernung ihrer politischen Stellvertreter*innen aus den Ämtern.

Vertrauensverlust und Unzufriedenheit mit der Demokratie

Seit den 1960er Jahren untersucht die Forschung die Bedingungen der Stabilität der repräsentativen, auf der Wahl von Vertreter*innen des Volkes basierenden Demokratie. Bereits die grundlegenden Arbeiten des amerikanischen Politikwissenschaftlers David Easton haben gezeigt, dass es langfristig auf den Glauben der Bürger*innen ankommt, dass die staatlichen Institutionen und die politischen Eliten grundsätzlich dem Wohle des Volkes dienen (Easton 1965). Dieser von Easton als „diffuse Unterstützung“ bezeichnete Glauben wird in der Forschung als Vertrauen in politische Institutionen analysiert, wie das Vertrauen in die Regierung, in Einrichtungen wie die Justiz und Polizei. Weiterhin spielt das Vertrauen in die gesellschaftlichen Eliten eine Rolle, wobei den Politiker*innen besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Ein weiterer wichtiger Indikator der politischen Unterstützung der Bevölkerung ist die allgemeine Demokratiezufriedenheit als eine Art Gesamtbewertung des Systems, in das Einschätzungen der Bürger*innen zu den einzelnen Institutionen einfließen können (Gabriel 1987). Demokratische Institutionen umfassen darüber hinaus das Vertrauen in die Medien. Die meisten Bürger*innen nehmen gesellschaftliche Ereignisse nicht

durch eigene Anschauung, sondern durch mediale Berichte wahr. Die Debatte um ‚Fake News‘ in den USA und um den Vorwurf der ‚Lügenpresse‘ in Deutschland in den letzten Jahren weisen auf die Bedeutung hin, die die Glaubwürdigkeit der Medien für das Funktionieren der Demokratie hat (Endreß 2022).

Misstrauen in die Institutionen der Demokratie könnte einer der wesentlichen Gründe sein, warum sich Menschen für die AfD entscheiden. Politisches Misstrauen liegt dann vor, wenn eine Person wahrnimmt, dass die politischen Institutionen bzw. die sie repräsentierenden Akteure sich bei ihren Entscheidungen vorwiegend vom Interesse einer spezifischen gesellschaftlichen Gruppe bzw. von deren Werten oder Ideologie leiten lassen und die Belange des Vertrauensgebers dabei nicht berücksichtigen (ähnlich Gabriel 2002). Führende Vertreter*innen der AfD bringen in ihren öffentlichen Positionen dasselbe Misstrauen gegenüber den Institutionen, aber auch den etablierten Parteien zum Ausdruck (Pickel et al. 2020: 223). Sie prangert vermeintlich unlautere Machenschaften der Regierung an und beschwert sich über die einseitige Berichterstattung der Medien (siehe etwa Tagesspiegel 2019).

Die Modernisierungsverliererthese

Der Begriff ‚Modernisierungsverlierer*innen‘ bezeichnet Menschen, die infolge des Wandels der wirtschaftlichen Verhältnisse seit Beginn der 1990er Jahre an materiellen Lebenschancen eingebüßt oder relativ zu anderen Gruppen deutlich geringere Zugewinne erlebt haben. Dies sind „Personen mit geringem Humankapital, also solche, die einen geringen Bildungsgrad aufweisen und einfache berufliche Tätigkeiten, vor allem im gewerblichen Bereich, ausüben. Dazu kommen Personen mit niedrigem Einkommen und solche, die aufgrund ihrer geringen Qualifikation dauerhaft Lohnersatzleistungen beziehen und daher geringe Chancen auf stabile Integration in den Arbeitsmarkt haben“ (Lengfeld 2017, S. 213). Die Ursachen dieses Verlusts liegen in der wirtschaftlichen Globalisierung. Insbesondere in der Industrie sind aufgrund gestiegenen weltweiten Wettbewerbs in Deutschland und anderen Ländern Europas Arbeitsplätze abgebaut worden, die keine oder nur geringfügige berufliche Qualifikationen erforderten. Parallel dazu wurden auch in einigen Dienstleistungsbranchen Tätigkeiten automatisiert, und neue Dienstleistungen, die keine formale berufliche Ausbildung voraussetzen (etwa Lieferdienste, Security) wurden ausgeweitet.

Dass Modernisierungsverlierer*innen sich für die AfD aussprechen würden, wird in der Forschung als eine Folge der wachsenden Ungleichheit und damit des Protests gegen die etablierten Parteien erklärt. Ein zweiter, ebenso wichtiger Teil der Erklärung richtet sich auf die mit der wirtschaftlichen Öffnung für Güter verbundenen Immigration nach Deutschland. Immigrant*innen aus dem Globalen Süden verfügen zumeist über keine oder in Deutschland nicht anerkannte formale berufliche Qualifikation (Worbs und Bund 2016, 6 f.). Folgt man den Annahmen der ‚Realistic Group Conflict Theory‘ (Campbell D. T. 1965), so wäre zu vermuten, dass gering qualifizierte inländische Arbeitnehmer*innen die Zuwanderung von Geflüchteten ablehnen könnten, weil sie in ihnen Konkurrent*innen auf dem deutschen Arbeitsmarkt sehen. Wenn Mo-

modernisierungsverlierer*innen also die AfD unterstützen, dann deshalb, weil sie glauben, dass der Wahlerfolg der AfD sie vor unliebsamer Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt oder um Sozialleistungen schützen könnte.

2. Wann lassen sich AfD-Anhänger*innen zurückgewinnen?

Diese drei von uns vorgestellten Erklärungen verweisen auf eine unterschiedliche potentielle ‚Erreichbarkeit‘ durch die Politikangebote der etablierten Parteien. Die Modernisierungsverliererthese stellt hier das größte Potential dar. Die mit ihr unterstellte materielle Schlechterstellung von AfD-Sympathisant*innen ließe sich zumindest im Grundsatz durch Verteilungspolitik lösen. Denn wenn es zutrifft, dass ein erheblicher Teil von ihnen materiell schlechter gestellt ist, also zur unteren sozialen Schicht gehört, und dass die materielle Stellung tatsächlich der auslösende Grund für die politische Haltung ist, dann bestünde eine Möglichkeit, AfD-Anhänger*innen durch Politikangebote anderer Parteien wie die gezielte Erhöhung von Sozialleistungen oder durch das Anheben des Mindestlohns zu erreichen. Allerdings spricht nicht sehr viel für diese These. Denn zum einen zeigen bisherige Studien, dass sich die Gruppe der AfD-Anhänger*innen in ihrer sozio-ökonomischen Zusammensetzung nicht stark von Anhänger*innen anderer Parteien unterscheidet (Hansen und Olsen 2019, 2022), dass AfD-Anhänger*innen ganz überwiegend nicht zu den Verlierer*innen der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung seit Mitte der 2000er Jahre gehörten (Hartmann et al. 2022; Lengfeld 2017), und dass unter den statusniedrigen Personen mit AfD-Affinität nicht der Status, sondern die mit dem Status verbundene Ablehnung von Immigration der entscheidende Faktor für die politische Haltung ist (Lengfeld und Dilger 2018).

Träfe die These des Misstrauens in und der Unzufriedenheit mit den Institutionen der Demokratie zu, dann bestünde zumindest nur mittelfristig eine Chance, AfD-Sympathisant*innen zurückzugewinnen. Denn um politisches Vertrauen zu entwickeln, muss, wie erwähnt, der Vertrauensgeber die Wahrnehmung haben, dass die politischen Institutionen bzw. die sie repräsentierenden Akteure seine Interessen in ihrem Verhalten berücksichtigen. Der Aufbau von Vertrauen bedeutet daher für die Regierung und die Medien (die beiden von uns hier betrachteten Institutionen) zum einen eine Korrektur des bisherigen Handelns (kommunikativ oder substantiell). Dafür braucht man Zeit: Vertrauen wird nicht über Nacht erworben.

Problematisch ist die Populismusthese. Träfe sie für die meisten AfD-Sympathisant*innen zu, dann sind Änderungen im Wahlverhalten am wenigsten zu erwarten. Zwar liegt der Einstellung des Populismus eine Bewertung des realen oder zumindest wahrgenommenen Handelns politischer Eliten zugrunde und wäre damit langfristig änderbar. Allerdings ist diese „die da Oben machen sowieso nur was sie wollen“-Haltung vermutlich sehr stabil. Wahrscheinlich wird sie, wie andere soziale Wertvorstellungen, bereits in der Adoleszenz, der Lebensphase des Übergangs von der Jugendlichkeit zum Erwachsensein, angeeignet. Damit hat Populismus den Charakter eines „Gesellschaftsbilds“, das durch Änderungen des Verhaltens politischer Akteure

kaum änderbar erscheint. Populismus wäre damit der harte Kern der AfD-Anhängerschaft, und überzeugte Populist*innen wären am wenigsten für etablierte Parteien zurückzugewinnen. Selbst dann nicht, wenn sie selbst populistische Politik betreiben würden, denn das würden Populist*innen als instrumentellen Trick ansehen – Eliten, die populistisch agieren, bleiben unglaublich unwürdig.

3. Daten, Indikatoren, Methodik

Daten

Die vorliegende Untersuchung wurde mit Daten des neuen Social Cohesion Panel (CHP - Zusammenhaltspanel) durchgeführt. Das CHP ist eine 2021 gestartete, jährlich in Deutschland durchgeführte Wiederholungsbefragung auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe deutscher Haushalte.³ In dieser Befragung werden neben zentralen sozio-ökonomischen und demographischen Merkmalen der Befragten umfassende Indikatoren zu den Einstellungen, Werten, Netzwerken und Wahrnehmung des gesellschaftlichen Zusammenhalts erhoben. Die Stichprobe wurde mittels einer Personenstichprobe aus dem Einwohnermeldeamtsregister gezogen, woraufhin die ausgewählten Personen postalisch angeschrieben wurden. Neben diesen sogenannten ‚Ankerpersonen‘ wurden auch alle weiteren Haushaltsmitglieder über 18 Jahren zur Befragung eingeladen. Die Befragten erhielten einen Papierfragebogen, und konnten wahlweise auch über einen QR-Code eine Online-Version des Fragebogens ausfüllen.

Wir verwenden für unsere Analyse die Daten der ersten Welle des Jahres 2021. Diese Erhebung fand zwischen September 2021 und April 2022 statt, und es nahmen etwa 16.000 Personen an der Umfrage teil. Um einer möglichen Verzerrung der Stichprobe entgegenzuwirken, wie der Über- oder Unterrepräsentation bestimmter Gruppen z.B. nach Geschlecht, Alter, Erwerbsstatus, Region oder Migrationshintergrund, wurden alle Analysen für diesen Beitrag gewichtet. Das heißt, dass mittels einer Hochrechnung die Verteilung dieser Merkmale innerhalb der Stichprobe an die Verteilung in der Grundgesamtheit der deutschen Bevölkerung in Privathaushalten ab 18 Jahren angepasst wurde. Schließlich wurden noch diejenigen Fälle entfernt, die fehlende Angaben in den für unsere Analyse relevanten Variablen enthielten, so dass für das folgende eine Analysestichprobe von 12.422 Personen bereit stand.

Indikatoren

Im Fokus dieser Analyse steht die Wahlabsicht der Befragten, die mittels der sogenannten ‚Sonntagsfrage‘ erhoben wurde, also der Frage, welche Partei die Person wählen würde, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Um die Einstellungen der Sympathisant*innen verschiedener Parteien zu vergleichen, werden zunächst die Stimmen für alle im Bundestag vertretenen Parteien einzeln ausgewiesen. Personen, die angeben eine andere oder keine Partei wählen zu wollen, es nicht zu wissen, oder

solche, die nicht wahlberechtigt sind, erhielten die Kategorie ‚Keine/Andere‘.⁴ Im nächsten Schritt der Untersuchung wurde die Wahlabsicht danach eingeteilt, ob eine Person die AfD wählen würde oder eine der anderen bzw. keine Partei. So kann die Gruppe der potentiellen AfD-Wähler*innen mit der restlichen Stichprobe verglichen werden, um zu untersuchen, ob sich diese Gruppe anhand bestimmter Merkmale vom Rest der Bevölkerung unterscheidet.

Der sozio-ökonomische Status der Befragten wurde anhand von zwei Merkmalen gemessen: erstens der Bildungsabschluss, eingeteilt in die vier Kategorien 1 = ‚höchstens mittlere Reife ohne Berufsabschluss‘, 2 = ‚Fachabitur oder Abitur ohne beruflichen Abschluss‘, 3 = ‚Lehre oder Ausbildung‘ und 4 = ‚Fachhochschul- oder Hochschulabschluss‘. Zweitens das verfügbare Einkommen, das anhand des äquivalenzgewichteten⁵ monatlichen Haushaltsnettoeinkommens gemessen wurde.

Die Erhebung von populistischen Einstellungen erfolgte im CHP 2021 anhand einer dreidimensionalen Skala, angelehnt an die Arbeit von Schulz et al. (2018). Dabei wurden den Befragten pro Populismus-Teildimension drei Aussagen vorgelegt, und die Zustimmung anhand einer 5-Stufigen Zustimmungsskala gemessen, die von ‚stimme überhaupt nicht zu‘ bis ‚stimme voll und ganz zu‘ reichte:

‚Anti-Elitismus‘:

- Die Abgeordneten im Parlament verlieren ziemlich schnell den Kontakt mit dem Volk.
- Leute wie ich haben keinen Einfluss darauf was die Regierung macht.
- Politiker reden zu viel und handeln zu wenig.

‚Volksouveränität‘:

- Das Volk sollte bei den wichtigsten politischen Sachfragen mittels Volksabstimmungen das letzte Wort haben.
- Das Volk sollte bei allen wichtigen Entscheidungen gefragt werden.
- Das Volk und nicht die Politiker sollten die wichtigsten politischen Entscheidungen treffen.

‚Anti-Pluralismus‘:

- Die einfachen Leute ziehen alle an einem Strang.
- Einfache Leute verbindet ein guter und ehrlicher Charakter.
- Die einfachen Leute teilen gemeinsame Werte und Interessen.

Jede Teildimension haben wir anschließend zusammengefasst (ungewichteter Summenindex). Wir haben zusätzlich einen Gesamtindex über alle drei Teildimensionen gebildet, mit Werten von 0 bis 10. Niedrige Werte entsprechen dabei einer schwachen Ausprägung populistischer Einstellungen, und hohe Werte stark populistischen Einstellungen.

Die Demokratieunzufriedenheit wurde im CHP 2021 anhand der folgenden Frage gemessen: *Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert?* Die 11-stufige Antwortskala von ‚ganz und gar unzufrieden‘ bis ‚ganz und gar zufrieden‘ wurde so umkodiert, dass höhere Werte eine stärkere Unzufriedenheit mit der Demokratie ausdrücken.

Das Institutionenvertrauen wurde ebenfalls auf einer 11-stufigen Skala erhoben, die von 0 = ‚vertraue überhaupt nicht‘ bis 10 = ‚vertraue voll und ganz‘ reicht. Die Befragten sollten ihr Vertrauen für elf verschiedene öffentliche Einrichtungen und Organisationen angeben. In diesem Beitrag haben wir nur das Vertrauen in die Bundesregierung und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als die am meisten politisierten Institutionen verwendet.

Schließlich gingen verschiedene demographische Merkmale in die Analyse mit ein, wie das Geschlecht (männlich/weiblich), das Alter und der Wohnort in den alten oder neuen Bundesländern, sowie die politische Selbsteinschätzung, also die eigene politische Position, auf einer 11-stufigen Skala von 0 = ‚ganz links‘ bis 10 = ‚ganz rechts‘.

Analysemethode

Um die verschiedenen Thesen zu den Motiven für die Wahl der AfD zu überprüfen, haben wir zunächst die Mittelwerte des Haushaltseinkommens, der populistischen Einstellungen, der Demokratieunzufriedenheit und des Institutionenvertrauens zwischen den Gruppen mit unterschiedlichen Wahlintentionen verglichen (Abbildung 1).⁶ Im nächsten Schritt haben wir eine sogenannte ‚multivariate logistische Regressionsanalyse‘ durchgeführt, ein Verfahren, das den Einfluss der eben beschriebenen Variablen auf die Wahlintention prüft. Die Ergebnisse haben wir in einem Koeffizienten-Plot dargestellt (Abbildung 2).⁷ Diese Darstellungsweise gibt die durchschnittlichen marginalen Effekte und die dazugehörigen Konfidenzintervalle an. Sie ist auch für der Statistik Unkundige relativ intuitiv zu interpretieren.⁸

4. Ergebnisse

Abbildung 1 zeigt die Durchschnittswerte für das monatliche verfügbare Einkommen, den Populismus-Index, die Demokratieunzufriedenheit und das Vertrauen in die Regierung bzw. die öffentlich-rechtlichen Medien, jeweils aufgeteilt anhand der Wahlintention. Anhand der Höhe der Balken in der oberen Kachel kann man ablesen, dass die potentiellen Wähler*innen der Linken und der AfD die Gruppen mit den niedrigsten Durchschnittseinkommen sind. Die Linken-Wähler*innen liegen dabei noch etwas unterhalb des Werts der AfD-Wähler*innen. Dies könnte ein erster Hinweis auf die Gültigkeit der Modernisierungsverliererthese für die AfD-Wahl sein, jedoch scheint die Linke ebenfalls häufiger von Personen mit niedrigen Einkommen gewählt zu werden. Bei genauerer Betrachtung (in Tabelle A.1 im Anhang) zeigt sich, dass die Gruppe der potentiellen AfD-Wähler*innen mehrheitlich aus Personen mit qualifizierten beruflichen Abschlüssen besteht, und zu einem Viertel aus Personen mit Hochschulabschluss. Im Vergleich zur Gesamtstichprobe, von der weniger als die Hälfte berufliche Abschlüsse und 43 % einen Hochschulabschluss haben, besteht also eine deutliche Überrepräsentation von Personen mit Berufsabschlüssen und eine Unterrepräsentation von Personen mit Hochschulabschluss. Unter den potentiellen AfD-Wähler*innen sind Personen ohne Abitur oder ohne einen beruflichen Abschluss nur geringfügig-

gig häufiger vertreten (6,5 %) als im Rest der Stichprobe (4,8%). Dieses Ergebnis spricht also nicht für die Modernisierungsverliererthese, da mit dieser ja vor allem gering qualifizierte Personen gemeint sind, sondern es zeigt sich stattdessen ein Effekt von beruflichen Abschlüssen im Vergleich zum universitären Bildungsweg.

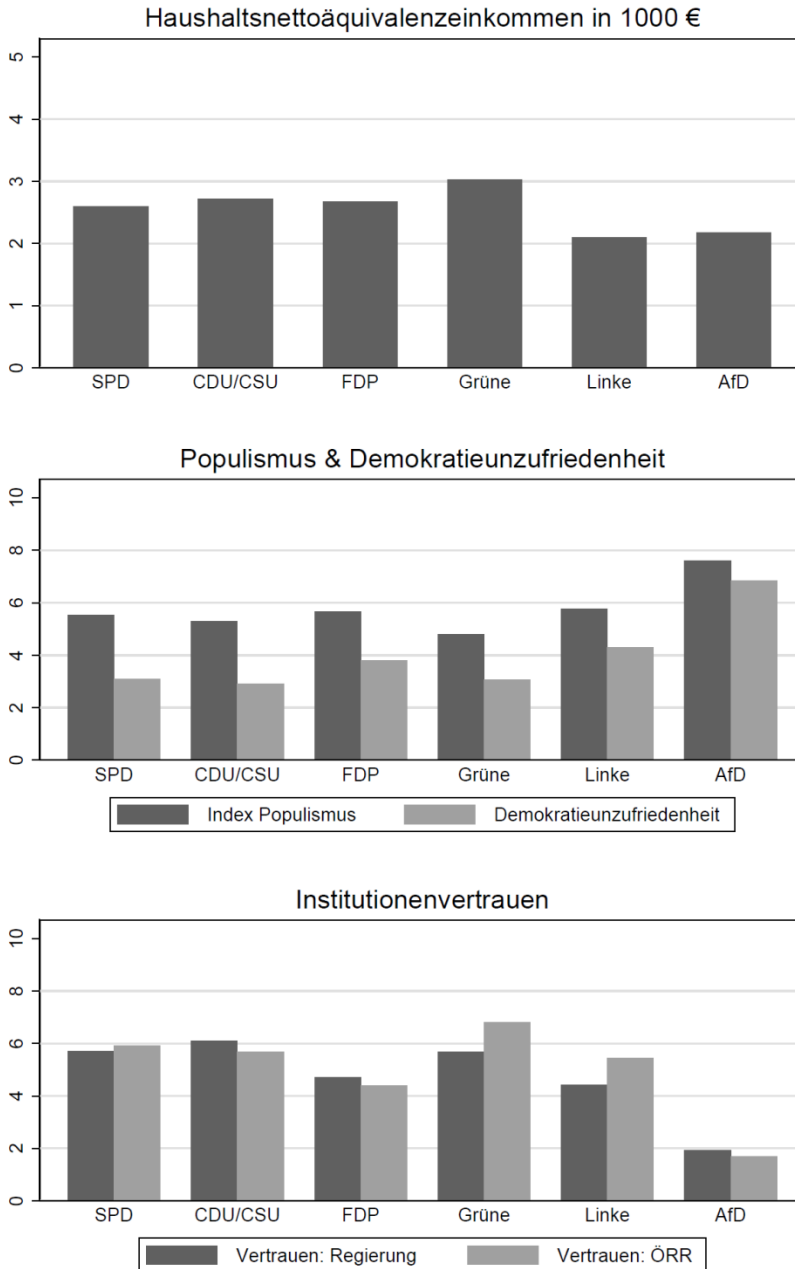
Was die populistischen Einstellungen betrifft (mittlere Kachel), so sind potentielle AfD-Wähler*innen durchschnittlich am populistischsten eingestellt. Der Wert von über sieben auf einer Skala zwischen null und zehn zeigt eine hohe Zustimmung zu den abgefragten Aussagen. Die Werte der anderen Wähler*innengruppen liegen alle unter sechs, wobei die Grünen-Wähler*innen am wenigsten populistisch eingestellt sind. Ein ähnliches Bild zeigt sich für die Unzufriedenheit mit der Demokratie: AfD-Wähler*innen haben mit ca. sieben den mit Abstand höchsten Mittelwert, gefolgt von Linken-Wähler*innen mit einem Wert von ca. vier, die Werte der anderen Wähler*innengruppen liegen alle unterhalb davon. Für die populistischen Einstellungen sowie für die Unzufriedenheit mit der Demokratie zeigen sich also erste Hinweise auf die Gültigkeit der aufgestellten Thesen.

Auch für das Vertrauen in die Institutionen (untere Kachel) bestätigt sich dieses Muster. Für alle Parteien außer der AfD liegt das durchschnittliche Vertrauen der Wähler*innen in einem mittleren Bereich zwischen vier und sieben, bei AfD-Wähler*innen liegt das Vertrauen dagegen deutlich darunter, mit Mittelwerten von unter zwei. Auf einer Skala von null bis zehn spricht dieser Wert für ein extrem niedriges Vertrauen und damit klar für die zuvor aufgestellte These des Vertrauensverlusts. Es zeigen sich aber auch zwischen den etablierten Parteien deutliche Unterschiede. Wähler*innen von SPD, CDU/CDU und Grünen haben das stärkste Vertrauen in die Regierung, die Werte für FDP und Linke liegen etwas darunter. Für das Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zeigt sich, dass Grünen-Wähler*innen das größte Vertrauen haben, gefolgt von SPD, CDU/CSU und Linken. Die FPD-Wähler*innen haben auch hier den niedrigsten Wert unter den etablierten Parteien.

Im nächsten Schritt haben wir diese deskriptiven Ergebnisse in einer multivariaten Analyse überprüft. Mittels einer logistischen Regression haben wir berechnet, wie sich die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit AfD wählen zu wollen in Abhängigkeit von den uns interessierenden Variablen verändert, während alle anderen Variablen im Modell konstant gehalten werden. So kann überprüft werden, ob ein in den deskriptiven Analysen gefundener Effekt stabil bleibt, auch wenn Effekte von Kontroll- und Drittvariablen berücksichtigt werden.

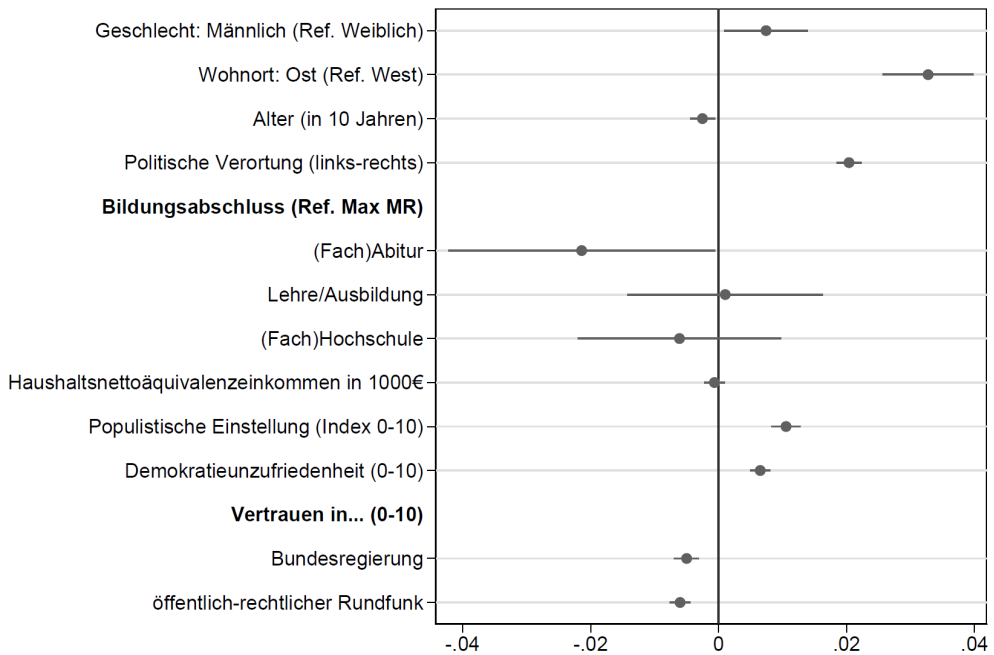
Abbildung 2 gibt das Ergebnis der Regressionsanalyse wieder. Es zeigt sich zunächst, dass Männer eine etwa um einen Prozentpunkt höhere Wahrscheinlichkeit haben AfD wählen zu wollen als Frauen, und Personen, die in Ostdeutschland leben, eine drei Prozentpunkte höhere durchschnittliche Wahrscheinlichkeit als Personen in Westdeutschland. Auch steigt die Wahrscheinlichkeit AfD wählen zu wollen mit zunehmendem Alter, der Effekt ist aber sehr klein. Die politische Selbsteinschätzung nach dem links-rechts-Schema hat einen deutlichen Effekt, die mittlere Wahrscheinlichkeit AfD wählen zu wollen steigt pro Punkt auf der zehnstufigen Skala um zwei Prozentpunkte an.

Abbildung 1: Deskriptive Ergebnisse nach Wahlintention. Für Populismus und Vertrauen sind Mittelwerte auf einer 11 Stufen umfassenden Skala wiedergegeben



Quelle: Social Cohesion Panel 2021; n=12.422; gewichtet; Kategorie „Keine/Andere“ (n=1.556) nicht abgebildet

Abbildung 2: Logistische Regression; abhängige Variable: Wahlintention für die AfD; angegeben sind durchschnittliche marginale Effekte



Quelle: Social Cohesion Panel 2021, n=12.422

Überraschenderweise hat weder der Bildungsabschluss noch das verfügbare Einkommen einen substanziellen Effekt. Es zeigt sich lediglich ein negativer Effekt des (Fach-)Abiturs im Vergleich zu Personen mit höchstens mittlerer Reife, der jedoch aufgrund hoher statistischer Unsicherheit in der Schätzung nur sehr knapp ein Signifikanzniveau von 5 % erreicht. Die hohe Unsicherheit in der Schätzung entspricht auch der nur geringen Unterrepräsentation von Personen mit (Fach-)Abitur unter den AfD-Wähler*innen in der deskriptiven Analyse. Dies spricht dafür, dass nicht Einkommens- oder Bildungsunterschiede die Wahlintention vorrangig erklären, sondern, dass zwischen Personen mit unterschiedlichen Einkommen und Bildungsabschlüssen die Einstellungsmuster variieren, die letztlich ausschlaggebend sind für die Wahlintention. Betrachtet man die Koeffizienten der Variablen zu den vier Einstellungsmustern, so bestätigen sich die Ergebnisse aus unseren deskriptiven Analysen. Steigt der Wert des Populismus-Index um einen Punkt auf der Skala von null bis zehn, so erhöht sich die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit AfD wählen zu wollen um einen Prozentpunkt. Anders gesagt: Im Vergleich zu einer Person, die Populismus vollständig ablehnt, hat eine maximal populistisch eingestellte Person eine um 10 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, AfD wählen zu wollen. Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich für die Demokratieunzufriedenheit, jedoch mit einem etwas kleineren Koeffizienten von knapp unter einem Prozentpunkt. Auch das Institutionenvertrauen weist signifi-

kante Effekte auf, denn die Wahrscheinlichkeit AfD wählen zu wollen sinkt im Durchschnitt um einen halben Prozentpunkt, wenn das Vertrauen in Regierung bzw. öffentlich-rechtlichen Rundfunk um einen Skalenpunkt steigt.

Fazit: Je populistischer eine Person eingestellt ist, je unzufriedener sie mit der Demokratie ist und je weniger Vertrauen sie in die Regierung und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk hat, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie bei der nächsten Bundestagswahl AfD wählen würde. Diese Schlussfolgerung wird auch von dem Bestimmtheitsmaß Pseudo- R^2 gestützt, einer Maßzahl, mit der die statistische Güte eines logistischen Regressionsmodells beurteilt werden kann. Dafür wurden die Variablen schrittweise dem Regressionsmodell hinzugefügt und für jedes der drei Modelle (1: nur Kontrollvariablen, 2: + sozio-ökonomische Variablen, 3: + Einstellungsvariablen) das Pseudo-Bestimmtheitsmaß berechnet (siehe Tabelle A.2 im Anhang). Bereits das Kontrollmodell weist eine gute Modellanpassung von Pseudo- $R^2=0,25$ auf, die sich durch die Hinzunahme der sozio-ökonomischen Merkmale nur leicht verbessert (Ps $R^2=0,27$). Werden die Einstellungsvariablen hinzugefügt, vergrößert sich das Pseudo- R^2 auf einen Wert von 0,45, was für eine sehr gute Modellanpassung spricht. Der Unterschied der Pseudo- R^2 -Werte der Modelle 2 und 3 unterstreicht die enorme Bedeutung der Einstellungsmuster im Vergleich zur den sozio-ökonomischen Merkmalen für die Wahlintention.

Die multivariate Analyse zeigt also, dass populistische Einstellungen, Demokratieunzufriedenheit und geringes Vertrauen in die Regierung und öffentlich-rechtliche Medien mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahlintention einhergehen, auch wenn man mögliche Einflüsse von Geschlecht, Lage des Wohnorts, Alter, politische Selbsteinschätzung, Bildung und Haushaltseinkommen berücksichtigt. Der sozio-ökonomische Status der Befragten (gemessen anhand von Bildung und Einkommen) hat dagegen keinen direkten Einfluss auf die Absicht, AfD zu wählen. Entscheidend sind die von uns untersuchten Einstellungsmuster, die zwischen Personen mit hohem und niedrigem Status unterschiedlich verteilt sind. Dass der Status im Unterschied zu den Einstellungen keinen eigenständigen Effekt hat, führen wir darauf zurück, dass die Gruppe der AfD-nahen Personen in ihren populistischen Einstellungen und in der negativen Bewertung der politischen Institutionen sehr homogen sind: Es gibt sehr wenig AfD-nahe Personen, die diese Bewertungen nicht teilen. Dagegen ist diese Gruppe deutlich heterogener im Hinblick auf Einkommen oder Bildung zusammengesetzt. Zugespitzt formuliert: In materieller Hinsicht unterscheiden sich AfD-nahe Personen durchaus voneinander, in ideeller Hinsicht ‚sprechen‘ sie dagegen mit einer Stimme.

5. Fazit

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus den Analysen mit dem Social Cohesion Panel 2021 für die Chance, AfD-Sympathisant*innen für die etablierten Parteien zurückzugewinnen? Insgesamt zeichnen die Ergebnisse ein klares Bild: AfD-nahe Personen sind sich einig in ihrer massiven Kritik an den demokratischen Institutionen und den politischen Eliten. Insbesondere ihre populistische Grundhaltung und ihr

Misstrauen lässt anderen Parteien damit vermutlich wenig Raum für sachbezogene politische Inhalte. Denn beides wird dazu führen, dass AfD-Anhänger*innen politische, an sie adressierte Sachangebote anderer Parteien zunächst als eigeninteressiert und unehrlich, weil als instrumentell und vorgeschoben betrachten – wer einem politisch etablierten Akteur grundlegend misstraut, wird jede seiner Äußerungen daraufhin prüfen, inwiefern diese dem eigenen Interesse des Akteurs dient und nicht dem des ‚Volkes‘ insgesamt. Politisches Vertrauen aufzubauen und die quasi-ontologische Wahrnehmung der korrupten Eliten und des ehrlichen, aber machtlosen Volkes aufzubrechen, ist damit eine langfristige Angelegenheit, ein hartnäckiges Bohren eines sehr dicken politischen Brettes.

Zudem zeigen unsere Analysen, dass AfD-Anhänger*innen keine sozial abgehängte, statusniedrige homogene Gruppe sind. Eher trifft das Bild einer gesellschaftlich integrierten (unteren) Mittelschicht zu, die gut in den Arbeitsmarkt integriert ist. Mit klassischer Verteilungspolitik von oben nach unten, etwa durch Erhöhung des Mindestlohns oder Steuererleichterungen für Geringverdiener*innen, kann man ihr kein Angebot machen. Das bedeutet aber nicht, dass für diese Gruppe materielle Fragen unwichtig sind. Wir vermuten vielmehr, dass AfD-Anhänger*innen sensibel auf die wahrgenommene Zunahme an materiellen staatlichen Belastungen reagieren. Im Jahr 2022 hat haben sich infolge von Beschlüssen der Bundesregierung (kein weiterer Bezug von Energie aus Russland) zunächst die Energiekosten drastisch erhöht. In 2023 wurde in der Öffentlichkeit dann im Zuge der Neufassung des Gebäudeenergiegesetzes über die teilweise erheblichen Kosten des Austausches von Heizungen in Privathäusern diskutiert. Es ist nicht abwegig zu vermuten, dass diese Ereignisse – insbesondere in Ostdeutschland – der AfD weiteren Zulauf beschert haben – besonders unter jenen, die der Regierung und den Eliten ohnehin misstraut haben.

Träfe diese Interpretation zu, dann befänden sich die etablierten Parteien in einem Dilemma: Sie müssten einerseits langfristig Misstrauen abbauen, das sie kurzfristig aufgrund ihrer sachbezogenen politischen Entscheidungen, etwa bei der Klimapolitik, verstärken. Ein Ausweg aus diesem Dilemma ist nicht erkennbar. Dafür kann man umso mehr erwarten, dass die AfD im Jahr 2023 über eine mittlerweile gefestigte Basis von Anhänger*innen und Wähler*innen verfügt, die ihr auch in den kommenden Jahren politische Sichtbarkeit in den Parlamenten garantiert.

Anmerkungen

- 1 Dieser Aufsatz ist im Rahmen unserer Tätigkeit im Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) entstanden, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung zwischen 2020 und 2024 finanziell gefördert wird. Teile unserer Überlegungen sowie die verwendeten Daten verdanken wir der fruchtbaren Kooperation mit den Mitgliedern der Task Force des FGZ-Datenzentrums, die insbesondere für die Konzeption und Durchführung des Social Cohesion Panel verantwortlich ist. Unser Dank geht an Jean-Ives Gerlitz und Olaf Groh-Samberg (beide Universität Bremen), Jost Reinecke (Universität Bielefeld) und Richard Traunmüller (Universität Frankfurt /M. und Mannheim). Teile von Abschnitt 2 dieses Aufsatzes nehmen Bezug auf eine gemeinsame Publikation (Taskforce FGZ-Datenzentrum 2022).

- 2 In der Forschung gilt als gut belegt, dass die Ablehnung von Immigration eines der wichtigsten sachpolitischen Motive von AfD-Anhänger*innen ist (Arzheimer 2021; Baron und Görtz 2023; Goerres et al. 2018; Hansen und Olsen 2019). Da keine der etablierten Parteien eine stark immigrationskritische Politik verfolgt, scheidet dieses Politikfeld zur Rückgewinnung von AfD-Wähler*innen aus. Wir lassen es in unserer Argumentation deshalb außen vor, haben es aber anderswo untersucht (Lengfeld und Dilger 2018).
- 3 Die Daten des CHP 2021 sind für die wissenschaftliche Öffentlichkeit zur Nutzung freigegeben. Sie können unter https://fgz-risc-data.de/datenportal/datenangebot/german_social_cohesion_panel/anchor_persons_2021/ bestellt werden.
- 4 Da die Unterscheidung dieser Gruppen nicht zentral für die Beantwortung der vorliegenden Fragestellung ist, wurde sie nicht in Abbildung 1 aufgenommen.
- 5 Äquivalenzgewichtung bedeutet, dass die monatlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder addiert wurden. Dieses Haushaltseinkommen wurde daraufhin durch die nach Alter gewichtete Anzahl der Haushaltsmitglieder geteilt. So wird sichergestellt, dass z.B. ein 4-Personen-Haushalt und ein Single-Haushalt mit demselben Nettoeinkommen mit unterschiedlichen Einkommenswerten in die Analyse eingehen, da sich das pro Person verfügbare Einkommen deutlich unterscheidet. Die Gewichtung erfolgt anhand der modifizierten OECD Skala, mehr Informationen dazu hier: <https://www.oecd.org/economy/growth/OECD-Note-EquivalenceScales.pdf>
- 6 Im Anhang findet sich eine Tabelle, in der wir die Verteilung aller relevanten Merkmale zwischen der Gruppe der potentiellen AfD-Wähler*innen mit dem Rest der Stichprobe vergleichen (Tabelle A.1).
- 7 Ebenfalls im Anhang sind die genauen Regressionsergebnisse der drei berechneten logistischen Modelle mit schrittweise hinzugefügten unabhängigen Variablen zu finden (Tabelle A.2).
- 8 Die Koeffizienten geben die durchschnittliche (marginale) Veränderung der Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahlintention an, wenn sich eine unabhängige Variable um eine Einheit erhöht (metrische Variable) bzw. als durchschnittlicher marginaler Unterschied der Wahrscheinlichkeit zur Referenzkategorie (kategoriale Variable), jeweils unter Kontrolle aller anderen Variablen im Modell. Ein durchschnittlicher marginaler Effekt von 0.05 hieße also, dass sich die Wahrscheinlichkeit der AfD-Wahlintention im Durchschnitt um 5 Prozentpunkte erhöht im Vergleich zur Referenz bzw. bei Erhöhung der unabhängigen Variable um eine Einheit. Wenn das Konfidenzintervall die Null-Linie nicht kreuzt, ist der Koeffizient mit einem 95%-igen Signifikanzniveau von 0 verschieden.

Literatur

- Arzheimer, Kai (2021): Regionalvertretungswechsel von links nach rechts? Die Wahl der Alternative für Deutschland und der Linkspartei in Ost-West-Perspektive. In: Bernhard Weißels und Harald Schoen (Hg.): Wahlen und Wähler. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 61-80.
- Baron, Daniel; Görtz, Antonia (2023): Sozioökonomische und einstellungsbezogene Ursachen für Wanderungen von CDU/CSU- und SPD-Wähler*innen zur AfD bei der Bundestagswahl 2017. In: Politische Vierteljahresschrift 64 (2), S. 325-351. DOI: 10.1007/s11615-022-00435-1.
- Campbell D. T. (1965): Ethnocentric and other altruistic motives. In: Nebraska Symposium on Motivation 13, S. 283. Online verfügbar unter <https://cir.nii.ac.jp/crid/1370853567761728147>.
- Easton, David (1965): A Framework for Political Analysis. Englewood Cliffs, N.J.: Prentice-Hall. Online verfügbar unter <https://files.pca-cpa.org/pcadocs/bi-c/1.%20investors/3.%20exhibits/c0854.pdf>.
- Endreß, Martin (2022): Fake-News, Verschwörungsdenken und politischer Extremismus – Vertrauen in einer sich fraktionierenden Gesellschaft. In: Mathias Lindenau und Marcel Meier Kressig (Hg.): Vertrauen – ein riskantes Unterfangen? Sechs (Ein-)Blicke. Darmstadt: wbv Academic, S. 31-48.

- FAZ (2023): Neue Umfrage: AfD auch in Mecklenburg-Vorpommern auf Platz eins. In: FAZ, 06.07.2023. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-in-mecklenburg-vorpommern-vor-der-spd-laut-umfrage-19014064.html>.
- Gabriel, Oscar W. (1987): Demokratiezufriedenheit und demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37 (22), S. 32-45. DOI: 10.18419/opus-7435.
- Gabriel, Oscar W. (2002): Politisches Vertrauen. In: Martin Greiffenhagen, Sylvia Greiffenhagen und Katja Neller (Hg.): *Handwörterbuch zur Politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften GmbH (Springer eBook Collection Humanities, Social Science), S. 494-500.
- Goerres, Achim; Spies, Dennis C.; Kumlin, Staffan (2018): The Electoral Supporter Base of the Alternative for Germany. In: *Swiss Political Science Review* 24 (3), S. 246-269. DOI: 10.1111/spsr.12306.
- Hansen, Michael A.; Olsen, Jonathan (2019): Flesh of the Same Flesh: A Study of Voters for the Alternative for Germany (AfD) in the 2017 Federal Election. In: *German Politics* 28 (1), S. 1-19. DOI: 10.1080/09644008.2018.1509312.
- Hansen, Michael A.; Olsen, Jonathan (2022): The Alternative for Germany (AfD) as Populist Issue Entrepreneur: Explaining the Party and its Voters in the 2021 German Federal Election. In: *German Politics*, S. 1-25. DOI: 10.1080/09644008.2022.2087871.
- Hartmann, Jörg; Kurz, Karin; Lengfeld, Holger (2022): Modernization Losers' Revenge? Income Mobility and Support for Right- and Left-Wing Populist Parties in Germany. In: *European Sociological Review* 38 (1), S. 138-152. DOI: 10.1093/esr/jcab024.
- Hawkins, Kirk A.; Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2017): The Ideational Approach to Populism. In: *Latin American Research Review* 52 (4), S. 513-528. DOI: 10.25222/larr.85.
- Infratest dimap (2023a): Sonntagsfrage Bundestagswahl vom 23.6.2023. Online verfügbar unter <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/>.
- Infratest dimap (2023b): ThüringenTREND Juli 2023 vom 23.6.2023. Online verfügbar unter <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/thueringen/laendertrend/2023/juli/>.
- Lengfeld, Holger (2017): Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 69 (2), S. 209-232. DOI: 10.1007/s11577-017-0446-1.
- Lengfeld, Holger; Dilger, Clara (2018): Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-oekonomischen Panel 2016. In: *Zeitschrift für Soziologie* 47 (3), S. 181-199. DOI: 10.1515/zfsoz-2018-1012.
- Mudde, Cas (2021): Populism and constitutionalism. In: Nils Holtug und Eric M. Uslaner (Hg.): *National Identity and Social Cohesion*. London, New York: ECPR Press, Rowman & Littlefield, S. 221-240. Online verfügbar unter https://www.researchgate.net/profile/nils-holtug/publication/350815036_national_identity_and_social_cohesion/links/607443c04585150fe99fa94d/national-identity-and-social-cohesion.pdf#page=227.
- Petersen, Thomas (2023): Immer mehr Bürger fühlen sich machtlos. In: *FAZ*, 28.06.2023. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/immer-mehr-buerger-fuehlen-sich-machtlos-laut-allensbach-befragung-18996028.html>.
- Pickel, Gert; Fritsche, Immo; Lengfeld, Holger; Decker, Oliver; Hoppe, Annedore; Yendell, Alexander (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Rechtspopulismus in der empirischen Forschung. In: Nicole Deitelhoff, Olaf Groh-Samberg und Matthias Middell (Hg.): *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog*. Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 218-245.

- Schulz, Anne; Müller, Philipp; Schemer, Christian; Wirz, Dominique Stefanie; Wettstein, Martin; Wirth, Werner (2018): Measuring Populist Attitudes on Three Dimensions. In: *International Journal of Public Opinion Research* 30 (2), S. 316-326. DOI: 10.1093/ijpor/edw037.
- Tagesspiegel (2019): Björn Höcke bricht ZDF-Interview ab: Erst gibt er das Opfer, dann droht er dem Journalisten, 16.9.2019, <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/erst-gibt-er-das-opfer-dann-droht-er-dem-journalisten-4101730.html>, Zugriff 13.7.2023)
- Taskforce FGZ-Datenzentrum (2022): Gefährdeter Zusammenhalt? Polarisierungs- und Spaltungstendenzen in Deutschland : ausgewählte Ergebnisse der FGZ-Pilotstudie 2020. SOCIUM, Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Bremen.
- Worbs, Susanne; Bund, Eva (2016): Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge in Deutschland. Qualifikationsstruktur, Arbeitsmarktbeteiligung und Zukunftsorientierungen. 1. Aufl. (Kurzanalysen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg). Online verfügbar unter https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Kurzanalysen/kurzanalyse1_qualifikationsstruktur_asylberechtigte.pdf?__blob=publicationFile&v=11, zuletzt geprüft am 09.07.2023

Anhang

Tabelle A.1: Deskriptive Ergebnisse

	AfD (n=679 / 5,5 %)	Andere (n= 11.743 / 94,5 %)	Total (n=12.422 / 100 %)
Geschlecht (in %)			
Männlich	66,2	51,5	52,1
Weiblich	33,8	48,5	47,9
Alter (Mittelwert, in Jahren)	49,8	50,0	50,0
Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen (Mittelwert, in Euro)	2180	2609	2.590
Wohnort (in %)			
West	39,4	18,1	19,0
Ost	60,6	81,9	81,0
Links-rechts-Skala (Mittelwert, 0-10)	6,7	4,5	4,6
Bildung (in %)			
Max mittlere Reife	6,5	4,8	4,9
(Fach-)Abitur	1,3	6,4	6,2
Lehre/Ausbildung	66,4	45,6	46,5
(Fach-)Hochschule	25,9	43,2	42,4
Populismus (Gesamtindex, 0-10)	7,6	5,5	5,6
Anti-Elitismus (Teilindex 0-10)	8,6	6,7	6,8
Volkssouveränität (Teilindex 0-10)	8,6	5,7	5,8
Anti-Pluralismus (Teilindex 0-10)	5,6	4,2	4,2
Demokratieunzufriedenheit (Mittelwert, 0-10)	6,9	3,4	3,6
Vertrauen in... (Mittelwert, 0-10)			
Bundesregierung	1,9	5,3	5,2
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk	1,7	5,5	5,4

Quelle: FGZ-Zusammenhaltspanel 2021; n=12.422; gewichtet; dargestellt sind Anteilswerte an den verschiedenen Wähler*innengruppen und dem Gesamtsample, sowie Mittelwerte nach Wähler*innen-gruppen

Tabelle A.2: Multivariate Ergebnisse

AV: Wahlintention für die AfD	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Geschlecht: Männlich	0.013***	0.016***	0.007*
(Ref. Weiblich)	[0.005,0.020]	[0.008,0.023]	[0.001,0.014]
Wohnort: Ostdeutschland	0.067***	0.064***	0.033***
(Ref. West)	[0.058,0.076]	[0.055,0.073]	[0.026,0.040]
Alter	-0.007***	-0.008***	-0.003*
(in 10 Jahren)	[-0.009,-0.005]	[-0.010,-0.006]	[-0.004,-0.001]
Politische Verortung	0.033***	0.031***	0.020***
(0=links – 10=rechts)	[0.030,0.035]	[0.029,0.034]	[0.018,0.022]
Höchster Bildungsabschluss			
(Ref. maximal mittlere Reife)			
(Fach)Abitur		-0.054***	-0.021*
		[-0.077,-0.031]	[-0.042,-0.001]
Lehre/Ausbildung		-0.004	0.001
		[-0.026,0.018]	[-0.014,0.016]
(Fach)Hochschule		-0.032**	-0.006
		[-0.054,-0.009]	[-0.022,0.010]
Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen		-0.004*	-0.001
(in 1000 Euro)		[-0.006,-0.001]	[-0.002,0.001]
Populistische Einstellung			0.011***
(Index 0-10)			[0.008,0.013]
Demokratieunzufriedenheit (0-10)			0.007***
			[0.005,0.008]
Vertrauen: Bundesregierung (0-10)			-0.005***
			[-0.007,-0.003]
Vertrauen: ÖRR (0-10)			-0.006***
			[-0.008,-0.004]
Pseudo R²	0.25	0.27	0.45

Quelle: FGZ-Zusammenhaltspanel 2021; n=12.422; logistische Regression (dargestellt sind durchschnittliche marginale Effekte); 95%-Konfidenzintervalle in Klammern; * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$